IPG

INTERVIEWS 20.10.2026

„Die Leute wollen mehr als ‚Trump ist gefährlich'"

Jörg Wimalasena über die Chancen der US-Demokraten bei den Zwischenwahlen und den zukünftigen Kurs der Partei.

Die Fragen stellte Dorian Simonis.

Der Titel Ihres Buches lautet *Die Undemokraten – Wie die Demokratische Partei Trump großmachte*. Weshalb?

Für eine Partei, die sich selbst „Demokraten" nennt, ist sie innerparteilich nicht besonders demokratisch organisiert. Daher der Titel. Ein Beispiel: 2016 nahm das *Democratic National Committee* (DNC), die Parteizentrale der Demokraten, erheblichen Einfluss zugunsten von Hillary Clinton und zulasten ihres linken Widersachers Bernie Sanders. Clinton hatte einen erheblichen Teil des DNC mitfinanziert.

Die Parteiführung setzt bei der Rekrutierung häufig auf eher zentristische Kandidaten, die entsprechend viel Geld einwerben können. Linke Außenseiter werden behindert. Das hat dazu geführt, dass der sozialdemokratisch orientierte Flügel der Partei lange weitgehend marginalisiert war. Das wirkt sich dann auch in den Wahlergebnissen aus. Das heißt nicht, dass enttäuschte Wähler dann unbedingt die Republikaner wählen, aber sie wählen dann in vielen Fällen gar nicht. Und das können sich die Demokraten nicht leisten.

Der Titel legt sogar nahe, dass die Demokratische Partei für Trumps Wahlsieg verantwortlich ist. Wie kann man das verstehen?

Ich würde nicht sagen, dass die Demokraten allein verantwortlich dafür sind. Aber sie haben eine erhebliche Rolle dabei gespielt, die Voraussetzungen zu schaffen, die zu Trumps Wahlsieg geführt haben. Spätestens seit den 1980er Jahren haben sich die Demokraten weitgehend davon verabschiedet, die Interessen der Arbeiter im Land zu vertreten. Stattdessen haben sie sich reichen Geldgebern und

einflussreichen Branchen wie der Finanzindustrie angedient.

Viele der Entwicklungen, die zu Trump führten, gehen auf die Demokraten zurück. Die Verabschiedung des Freihandelsabkommens NAFTA, das zur Verlagerung von Industriearbeitsplätzen nach Mexiko führte, fiel in die Amtszeit von Bill Clinton. Ebenso die Liberalisierung der Finanzmärkte, die später ihren Teil zum Ausbruch der Finanzkrise 2008 beitrug. Vor allem jene Staaten im Mittleren Westen, die Trump 2016 und 2024 gewann, haben darunter gelitten.

Gibt es neben dem NAFTA-Abkommen auch jüngere Beispiele, an denen Sie das festmachen können?

Nehmen wir die Präsidentschaftswahl 2024 als Beispiel. Kamala Harris hat ihren Wahlkampf mitten in einer großen Inflationskrise begonnen und anfangs mit Preiskontrollen – etwa auf Lebensmittel – geworben. Es gibt auch Umfragen, die darauf hindeuten, dass es eine erfolgreiche Strategie war, sich für den kleinen Mann rhetorisch stark zu machen.

Wenn Harris ein bisschen progressivere ökonomische Politikforderungen nach vorne gestellt hätte, hätte sie womöglich gewinnen können.

Doch nachdem mehrere Milliardäre, darunter der LinkedIn-Gründer Reid Hoffman, sie für diese Rhetorik maßregelten und unter anderem die Entlassung der unter Biden sehr beliebten Kartellamtschefin Lina Khan forderten, rückte Harris schrittweise davon ab. Sie ist dann immer mehr in die übliche Anti-Trump-Rhetorik verfallen, die man schon aus Hillary Clintons Wahlkampf kannte. Und hat damit ebenso verloren. Wenn Harris ein bisschen progressivere ökonomische Politikforderungen nach vorne gestellt hätte, hätte sie womöglich gewinnen können.

Inwiefern können die Demokraten bei den *Midterms* am 3. November von der Unzufriedenheit mit Trump profitieren?

Tatsächlich ist es vor allem die Unzufriedenheit mit Trump, die dafür sorgen dürfte, dass die Demokraten mindestens eine der beiden Kongresskammern zurückgewinnen, wenn nicht sogar beide. Dennoch sind die Demokraten immer noch ziemlich unbeliebt, wie die Umfragen zeigen. Die Kriege, die Trump losgetreten hat, und die darauf folgende Inflationskrise werden den Republikanern bei diesen *Midterms* höchstwahrscheinlich das Genick brechen.

In New York hat sich Mamdani als linker Kandidat durchgesetzt. Was können andere demokratische Kandidaten aus seinem Wahlkampf

lernen?

Die erste Lektion, die man von ihm lernen kann, ist, sich nicht ständig auf Trump festlegen zu lassen. Als ein Reporter ihn mit einer provozierenden Äußerung konfrontierte, sagte Mamdani: „Mein Schwerpunkt liegt auf der Lebenshaltungskostenkrise." Das ist gleichzeitig die zweite Lektion: sich auf das Thema konzentrieren, das in den USA alle beschäftigt, nämlich wie man sich das Leben noch leisten kann. Gerade in New York, wo man ein paar Tausend Dollar für eine Wohnung bezahlt und Essen, Kinderbetreuung und fast alles andere extrem teuer sind, ist eine ökonomisch populistische Botschaft wichtig. Dazu muss man sagen, dass Mamdani ein politisches Jahrhunderttalent ist. Er ist rhetorisch begabt und er verbreitet auch gute Laune. Er ist nicht zerknirscht, sondern zeigt, dass er mit seinem Amt etwas erreichen will, dass er gerne in New York lebt und dass er das Leben seiner Mitbürger verbessern will.

Die letzte Lektion, die man von Mamdani lernen kann, ist: Demokratische Politiker sollten den Mut haben, eine Gegenerzählung zu der libertären Staatsfeindlichkeit anzubieten. Seit der Präsidentschaft Ronald Reagans heißt es, die schlimmsten Worte in der amerikanischen Sprache seien: „Ich bin vom Staat, ich will helfen." Diese Diskreditierung öffentlicher Institutionen versucht Mamdani rückgängig zu machen. Mit kleinen Maßnahmen, zum Beispiel einer Mietpreisbremse, will er zeigen, dass staatliche Institutionen auch mal auf der Seite des normalen Bürgers stehen können. Damit rehabilitiert er das Image der Behörden. Man könnte es „technokratischen Sozialismus" nennen.

Sie waren auch in ländlichen Regionen unterwegs und haben über die sozialen Probleme dort berichtet. Mit welchen politischen Angeboten könnten die Demokraten dort punkten?

In Michigan kandidiert gerade Abdul El-Sayed für den Senat, der mit einem ähnlichen Programm wie Mamdani vermutlich auch einen Flächenstaat im Mittleren Westen gewinnen wird. Ein wichtiges Thema könnte der Widerstand gegen den Bau riesiger Rechenzentren sein, den es in Wyoming, aber auch in vielen anderen ländlichen Bundesstaaten gibt. Die verpesten die Umwelt und machen den Strom teuer. Das ist auch ein wunder Punkt für die Republikaner, Trump spricht sich ja sehr dafür aus und verbrüdert sich öffentlich mit den Tech-Oligarchen. Damit kann man auch bei Leuten punkten, die sich nicht unbedingt mit dem Thema Transrechte an die Wahlurne bringen lassen.

Gegen Ende Ihres Buches blicken Sie auf die nächsten

Präsidentschaftswahlen. Was empfehlen Sie der Demokratischen Partei?

Selbst wenn die Demokraten die Mehrheit im Kongress gewinnen, können sie wegen des Vetorechts des Präsidenten kaum eigene Gesetze durchbringen. Statt sich wie 2018 fast nur auf langwierige Ermittlungen zu fokussieren, müssen sie umdenken. Sie können und sollten schon jetzt eine Agenda entwickeln, mit der sie 2028 werben können – egal, wer kandidiert. Dazu gehören auf jeden Fall eine strengere Regulierung der Tech-Industrie und eine klare Positionierung zum Bau von Rechenzentren. Und es braucht gesundheitspolitische Ambitionen, die darüber hinausgehen, einfach weiter mit Milliardensummen *Obamacare* zu pampern.

Die Partei und ein Spitzenkandidat für 2028 werden auch von der bedingungslosen Unterstützung Israels abrücken müssen – nach den Kriegsverbrechen in Gaza ist den Wählern kaum noch zu vermitteln, warum auch viele Demokraten noch daran festhalten. Dann sollte man Trump mit Untersuchungsausschüssen überhäufen – aber das darf nicht dazu führen, dass Trump wieder einmal den Nachrichtenzyklus dominiert. Die Leute wollen Inhalte, die über „Trump ist gefährlich“ hinausgehen.

Die Chancen für eine vorsichtige Erneuerung stehen nicht schlecht.

Die Chancen für eine vorsichtige Erneuerung stehen nicht schlecht. Keiner der kolportierten Kandidaten für 2028 hat das Format eines Barack Obama, der so populär war, dass er allein mit seinem Charisma eine Wahl gewinnen konnte. Wer auch immer es wird, wird darauf angewiesen sein, dass gerade die junge Parteibasis sich im Wahlkampf engagiert. Und die motiviert man nur über Inhalte. Insofern könnte es das erste Mal seit Langem sein, dass tatsächlich die Basis die Wahlkampfinhalte mitbestimmt und die Partei bei den genannten Themen einen Grundkonsens findet. Aber es wird vor allem ökonomisch ein bisschen nach links gehen müssen.

Werden Großspender und Lobbygruppen den Demokraten Probleme bereiten, wenn sie versuchen, nach links zu rücken?

Ja, selbstverständlich. Wir haben ja schon gesehen, dass die pro-israelische Lobbyorganisation AIPAC seit Jahren sogar in Vorwahlen Millionenbeträge investiert, um israelkritische Politiker aus den Parlamenten fernzuhalten. Und die Tech-Industrie gibt natürlich auch extrem viel Geld aus, um sich ein politisch genehmes Umfeld zu

schaffen. Wenn man mächtige Lobbygruppen gegen sich hat, wird es schwieriger, weil diese ihr Geld im Zweifel den Republikanern geben. Auf der anderen Seite: Wenn man sich denen nicht entgegenstellt, verschreckt es auch die eigene Basis. Bei manchen Themen wird es nicht möglich sein, einen Mittelweg zu finden. Man wird sich eindeutig positionieren müssen.



Jörg Wimalasena
Berlin

Jörg Wimalasena ist freier Journalist. Zuvor war er politischer Korrespondent bei der *WELT* sowie Redakteur für Gesundheits- und Sozialpolitik bei der *taz* und US-Korrespondent für *Zeit-Online* in New York.